

## Wohlfahrtsverband fordert Reform der Bleiberechtsregelung

**02.12.2009** Stuttgart. Der paritätische Wohlfahrtsverband Baden- Württemberg fordert eine Reform der Bleiberechtsregelung. Diese war im Herbst 2007 eingeführt worden. In Baden-Württemberg erhielten damals 3095 Flüchtlinge eine befristete Aufenthaltserlaubnis, teilte ein Sprecher des Wohlfahrtsverbands heute in Stuttgart mit. Diejenigen, die keinen festen Arbeitsplatz nachweisen konnte, bekamen die Aufenthaltserlaubnis lediglich auf Probe.

Der paritätische Wohlfahrtsverband appellierte nun an Bund und Länder, eine „humane“ Bleiberechtsregelung für geduldete Flüchtlinge auf den Weg zu bringen - unabhängig davon, ob sie den Lebensunterhalt eigenständig sichern könnten. „Es sollte für möglichst viele der Betroffenen endlich eine endgültige Regelung gefunden werden, die ihnen eine sichere Lebensplanung ermöglicht“, sagte die Migrations-Fachreferentin des Verbandes, Marlene Seckler.

sta